

Schweizer Monat – 29. Mai 2020 06:29

Dossier

Dossier: «Das Monster des Moralismus» Ausgabe 1077 – Juni 2020

Schuldig durch Anklage

Mit ihrer Begriffspolitik konnte die politische Korrektheit im Westen eine Machtbasis erobern. Wie werden wir die Ideologie wieder los?

Alexander Wendt | [Link zum Autor](#)

Zwei Fragen schälen sich bei jedem Streit über politische Korrektheit heraus: Wann hat das begonnen? Und: Was bedeutet Political Correctness (PC) heute? Erstaunlich viele Vertreter der Identitätslinken, der intersektionalen Feministen und sonstige Gouvernanten bestehen heute darauf, die Wendung «politische Korrektheit» sei ein Kampfbegriff ihrer Gegner. Ganz falsch liegen sie damit nicht. Kaum ein Verfechter der progressiven Sache nimmt PC heute noch in affirmativer oder auch nur neutraler Bedeutung in den Mund. PC auch PC zu nennen, ist mittlerweile Sache ihrer Gegner. Das spricht für den Wandel der Ideologie seit ihren Anfängen, genauer, für eine ideologische Mutation.

Die Anfänge

Zum ersten Mal taucht der Begriff im modernen Sinn 1970 in «The Black Woman: An Anthology» in einem Text von Toni Cade Bambara auf. Dort heisst es: «Ein Mann kann nicht politisch korrekt und ein (männlicher) Chauvinist sein.» Die Aussage klingt intellektuell erstaunlich schlicht. Aber an diesen Wurzeln zeigt sich die ursprüngliche Ausrichtung: Marginalisierte Gruppen wie Farbige, Schwule, Transsexuelle, Behinderte – damals auch noch generell als marginalisiert gesehen: Frauen – sollten vom Rand in die Gesellschaft hineinrücken; eine neue Sprache sollte sie befreien. Die Frage, wozu sie eigentlich befreit werden sollten, bildete schon damals den grossen blinden Fleck der Bewegung. Zu Bürgern? Oder zu Kollektiven mit einer Sonderidentität? Genau hier verläuft die geistige Bruchlinie zwischen den alten Befreiungsbewegungen und dem, was aus PC wurde. Martin Luther King ging es nicht darum, Sonderrechte für Farbige zu schaffen. Er wollte, dass die Hautfarbe nicht mehr darüber bestimmen sollte, welche Möglichkeiten jemand in der Gesellschaft offenstehen. Aus Sicht eines modernen Identitätspolitikers machte er also praktisch alles falsch.

Zur Identität kam noch ein zweites wichtiges Konzept, im Rückblick wichtiger als Bambaras Text. In den Nullerjahren entwickelte der Wissenschaftler Derald Wing Sue das Konzept der «Mikroaggression». Er und sein farbiger Professorenkollege hatten als Passagiere in einem kleinen Flugzeug ihre Plätze eingenommen, als eine (weisse) Flugbegleiterin sie bat, wieder aufzustehen und sich auf die andere Gangseite zu setzen, um das Gewicht in der Maschine besser auszubalancieren. «Es schien vernünftig, das Gewicht im Flugzeug auszubalancieren», schrieb Sue später. Ihm ging es um die für andere unsichtbaren Folgen für ihn und seinen Kollegen: «Ich konnte fühlen, wie mein Blutdruck stieg, das Herz schneller schlug und mein Gesicht vor Wut anlief.» Denn die Stewardess hatte ihn, den Sohn asiatischer Einwanderer, und den farbigen Kollegen gebeten aufzustehen, aber keinen der weissen Passagiere. Vielleicht spielte ihr Unterbewusstsein eine Rolle, vielleicht wollte sie auch kurz vor dem Start keine komplizierte Quotenberechnung für die Passagiere anstellen, die auf die andere Seite sollten. Für Sue spielte das keine Rolle. Nach dem Konzept der Mikroaggression kommt es nicht darauf an, ob das Gegenüber tatsächlich Ressentiments hegt oder sich überhaupt etwas bei der Handlung oder einem Wort denkt. Es kommt auch nicht darauf an, dass ein Mikroaggressionsopfer einen objektiven Schaden erleidet. Über die Kategorien Aggression, Diskriminierung und Schaden bestimmt das Opfer allein. Die Korrektheitsvertreter folgen dem Diktum von Carl Schmitt, der bekanntlich viel von Machtpolitik verstand: «Sichere dir den Posten des Anklägers.»

«Da gerade die fortwährende Anklage Macht und Ressourcen sichert, darf sie nie nachlassen.»

Wer zu den PC-Wurzeln zurückgeht, der sieht, wie mehrere Linien zusammenlaufen. Es gehört noch die postkoloniale Ideologie eines Frantz Fanon dazu, der Dekonstruktivismus, und antikapitalistische Versatzstücke der Traditionslinken. Nur liberale oder sogar libertäre Ideen lassen sich praktisch nicht finden. Identität wird zum eigentlichen Kapital von Gruppen. Hautfarbe, Geschlecht und sexuelle Ausrichtung dienen als Mittel der Abgrenzung und Aufwertung, vor allem aber als Anklage gegen die Mehrheitsgesellschaft, was um so leichter fällt, wenn, siehe oben, jeder jederzeit eine Anklage erheben kann, gegen die es aus PC-Sicht keine legitime Verteidigung geben darf.

Ab einem bestimmten Punkt reagierten immer mehr Institutionen im liberalen Westen auf diese Anklagen, indem sie nicht nur präventiv ihre Schuld bekannten, sondern den Anklägern als Kompensation auch immer mehr Macht einräumten, Mitgliedschaft in Gremien, finanzielle Ressourcen, politische Aufmerksamkeit. Und das führt geradewegs zum PC-Paradox: Da gerade die fortwährende Anklage Macht und Ressourcen sichert, darf sie nie nachlassen. Die Vereinigten Staaten – nicht nur ihre Universitäten – sind heute ungleich achtsamer und vorsichtiger in ihrer Rechtspraxis und ihrer Sprache als zu Bambaras Zeiten, genauso die westeuropäischen Länder. Gemessen an den zunehmenden Anklagen der Korrektheitsvertreter waren sie allerdings noch nie so rassistisch, frauen-, trans- und homophob wie heute.

Exklusion als Endziel

Im Zentrum von PC steht heute das Diktum, dass niemand sich legitim gegen die Anklagen verteidigen kann. Im Gegenteil: Jeder Verteidigungsversuch beweist aufs neue die gesellschaftliche Verstocktheit, die mit noch mehr Anklagen, noch mehr materiellen Ressourcen und noch mehr Macht ausgetrieben werden muss. Den herrschaftsfreien Diskurs gab es nie, auch und gerade nicht von Jürgen Habermas gegenüber seinen Kritikern. Was die Political Correctness anstrebt, ist allerdings die exakte Umkehrung: diskursfreie Herrschaft.

Es geht längst nicht mehr nur um Begriffspolitik, die am Anfang stand. Es geht nicht darum, nicht mehr «Schwarzer» oder sogar das N-Wort zu sagen, sondern «person of colour». Es geht längst nicht mehr darum, «schwul» durch das politisierte «queer» zu ersetzen, Flüchtlinge in Geflüchtete umzutauschen oder neue Identitätskategorien wie «cis» zu erfinden. Im Zustand der Macht – und PC bildet heute keine Bewegung mehr, sondern etwas «Ständisches und Stehendes» (Marx), also ein Imperium –, in diesem Zustand geht es den Ausübenden der Macht nicht mehr um Sprachpolitik. Sie wollen vielmehr, dass alles verschwinden soll, was sie verdammen.

Ein bemerkenswertes Beispiel für diesen Säuberungswillen lieferte im vergangenen Jahr eine Tagung, die die Frankfurter Islamwissenschaftlerin Susanne Schröter an der Goethe-Universität organisiert hatte. Die Veranstaltung fand unter dem Titel «Das islamische Kopftuch – Symbol der Würde oder der Unterdrückung?» statt. Es ging also um das Kopftuch als religiöses und politisches Symbol. Schröter hatte ihr Diskussionspanel kontrovers besetzt, die Feministin Alice Schwarzer gehörte genauso dazu wie die Kopftuchbefürworterin Khola Maryam Hübsch von der deutschen Ahmadiyya-Gemeinde. Eine Allianz von linken und islamischen Gruppen mobilisierte nicht gegen eine Teilnehmerin an der Debatte, sondern gegen die Debatte selbst: Die sei AMR, antimuslimischer Rassismus. Ein Kürzel wie AMR erspart von vornherein jedes Argument, sie ähnelt den ICD-10-Krankheitscodes der Weltgesundheitsorganisation, sie bezeichnet also etwas, das es auszurotten gilt. Die Gegner der Veranstaltung schlugen selbstverständlich die Einladung aus, an der Diskussion teilzunehmen. Sie wollten ja nicht diskutieren. Sie wollen, dass die Diskussion über das islamische Kopftuch ganz aus dem öffentlichen Raum verschwindet. Und ihre Organisatorin gleich mit. Deshalb kreierten sie den Hashtag «#Schröter raus». Die Forderung meinten sie genau so: Der Professorin müsse der Lehrstuhl entzogen werden.

Aus einer Bewegung, die angetreten war mit dem erklärten Ziel, Stigmatisierung zu beenden, ist ein Machtkomplex geworden, dem die Stigmatisierung von anderen längst nicht genügt. Das Stigma markiert Gegner, um sie anschliessend zu marginalisieren und schliesslich unsichtbar zu machen. Das Konzept des Deplatforming, entwickelt an amerikanischen Universitäten, dient der neuen Tugendbewegung als bevorzugtes Mittel, um das Ziel einer gesäuberten Gesellschaft zu erreichen. Natürlich richtet sich Deplatforming auch gegen die direkten Antipoden. Als der Blogger und Gottseibeius aller Linken Milo Yiannopoulos 2017 auf Einladung der Martin Luther King Jr Student Union in Berkeley sprechen wollte, verhinderte das eine Gruppe gewalttätiger Protestler, die das Gebäude belagerten und Teile der Einrichtung verwüsteten.

«Aus einer Bewegung, die angetreten war mit dem erklärten Ziel, Stigmatisierung zu beenden, ist ein Machtkomplex geworden, dem die Stigmatisierung von anderen längst nicht genügt.»

Endstation Selbstzerfleischung

Aber immer häufiger trifft das Diktum, jemand oder etwas habe korrekterweise zu verschwinden, auch das linksliberale Lager, ohne dessen wohlwollende Förderung das PC-Imperium nie entstanden wäre. Zu den prominentesten Opfern der letzten Zeit gehört die Schriftstellerin Joanne K. Rowling, eine Linksliberale und unermüdliche Trump-Kritikerin. Was hatte sich Rowling zuschulden kommen lassen? Einer Frau war der Arbeitsvertrag nicht verlängert worden, weil sie öffentlich behauptet hatte, es gebe eine reale biologische Grundlage der Geschlechter. Diese Behauptung gilt per se als «transfeindlich»; an dem Urteil gibt es nach Ansicht der Moralisten nichts zu diskutieren, denn der Schuldspruch ist, siehe oben, total. Rowling äusserte sich in einem Tweet gar nicht explizit zur Trans- beziehungsweise Geschlechterfrage. Sie meinte, deswegen sollte niemand berufliche Nachteile erleiden: «Dress however you please. Call yourself whatever you like. Sleep with any consenting adult who'll have you. Live your best life in peace and security. But force women out of their jobs for stating that sex is real?»

Das genügte schon, damit eine wutschäumende Twittererschwadron sie niedermachte, zum Boykott ihrer Bücher aufrief und mehr oder weniger die Einstufung Rowlings als Unberührbare verlangte. So wie die Islamwissenschaftlerin Schröter in den Augen der neuen jakobinisch-calvinistischen Bewegung schon zur Rassistin wird, weil sie überhaupt über das Kopftuch debattieren will, machten die gleichen Wächterratsmitglieder Rowling praktisch für alle Suizide von Transsexuellen verantwortlich.

«Was Rowlings Tweet unerträglich macht, ist aber nicht nur ihr Anachronismus, sondern verbirgt sich in der inhärenten Logik ihrer Äusserung», schrieb ein Autor der linken Tageszeitung (taz). «Rowling tut erst mal so, als wolle sie niemanden angreifen, alle sollen schön machen, was sie wollen – und attackiert dann doch. Hier vermischt sie die Diskurse und rekurriert auf einen feministischen Gedanken: Es wurde gerade eine Frau aus ihrem Job «rausgedrängt». Dabei scheint für sie unerheblich zu sein, aus welchem Grund. Rowling macht sich mit einem Feminismus gemein, der die Dichotomie Frau?Mann aufrechterhalten will und Transmenschen auslöscht.»

Menschen «auslöschen» – der Vorwurf ist eine rhetorische Wasserstoffbombe, die jeden Diskurs pulverisiert. Und genau darum geht es. Deshalb läuft mehr oder weniger jede Anklage der mutierten Political Correctness darauf hinaus, den Gegner als Menschheitsfeind zu zeichnen, der kein Recht auf Gehör haben darf. Wer meinte, seine linke Haltung oder seine Zugehörigkeit zu einer eigentlichen Klientelgruppe der Correctness würde ihn vor solchen Angriffen schützen, dem geht es ähnlich wie den Bucharins und Sinowjews vor Stalins Tribunalen. Im Sommer 2019 erzwangen vor Wut rasende Studentenaktivisten in Harvard den Rücktritt von Ronald S. Sullivan Jr, dem ersten schwarzen Dean der juristischen Fakultät. Sein Vergehen bestand darin, dass er dem Verteidigerteam des früheren Filmmoguls Harvey Weinstein beigetreten war.

Es half Sullivan nichts, dass er selbstverständlich zu den Liberalen gehört und einen

untadeligen Ruf als Wissenschaftler genoss. Die Säuberer legten auch Hand an ein Prinzip, das bis dahin zumindest im globalen Westen als unverrückbar galt: dass auch der finsterste Delinquent das Recht auf Verteidigung genießt und dass ein Strafverteidiger nicht als Komplize des Angeklagten zu gelten hat. Diese neue Ideologie zeigte Wirkung. Die Universitätsleitung von Harvard stellte sich in dieser Kampagne nicht vor ihren Dean – offenkundig aus Furcht, dann gleich mitangeklagt zu werden.

Wer die Geschichte der jakobinischen Bewegung in Frankreich nachliest, dem kommt es vor, als würde er ein Grundmuster studieren, das sich später in Abwandlungen wiederholte. Gegründet von dem uncharismatischen, aber von seiner Mission getriebenen Anwalt Maximilien de Robespierre, einem Mann, dem nichts so gut lag wie die Anklage, wandte sich diese neue Macht anfangs tatsächlich gegen ungerechte Zustände. Zumindest diente der Hinweis auf empörende Zustände zur Rechtfertigung der Jakobiner. Ab einem bestimmten Zeitpunkt ihrer Herrschaft genügte es nicht mehr, kein Gegner zu sein, um verschont zu werden. Es reichte schon zur Anklage, ihre Politik nicht ausreichend zu unterstützen. Und irgendwann wurden, da den Jakobinern die eigentlichen Feinde ausgingen, andere Antiroyalisten die Hauptkunden der Guillotine. Auf diese Weise brachte sich die Bewegung allerdings selbst um, da sie irgendwann nur noch Feinde kannte.

Um auf die PC-Bewegung zurückzukommen: Seit sie verstärkt über Linksliberale herfällt, die ihr nicht schnell genug zustimmen, ein falsches Wort gebrauchen oder einen Verdammten verteidigen, schlägt den Korrekten deutlich mehr Kritik entgegen als früher. Die härtere Auseinandersetzung motiviert wiederum die Neojakobiner allerdings auch zu immer neuen Steigerungen in ihrer Radikalität – was sich unter anderem in dem faszinierenden Bündnis identitärer und intersektionalistischer Linker mit islamistischen Aktivisten zeigt. Tatsächlich existiert eine Wahlverwandtschaft zwischen dem PC-Imperium und dem politischen Islam: Beide erheben einen universellen Anspruch. Beide debattieren nicht. Und beide kennen nur eine angemessene Reaktion der anderen: die Unterwerfung.

Die eigene Medizin

Neben der Frage: «Wie fing das alles an?», stellt sich auch die Frage: «Wie beenden wir diesen Belagerungszustand?» Der kürzlich verstorbene Philosoph Roger Scruton empfahl, die Eiferer auszulachen. Wenn jemand sowieso nicht debattieren will, dann scheint es das beste Antidot zu sein, nicht mit dem erwarteten Reflex zu reagieren. Auslachen ist gewissermassen die Diskurspolitik, die der Gesellschaft die PC-Macht vom Hals schaffen könnte. Die Macht der PC stützt sich nur auf den Gehorsam. Wenn ihn immer mehr verweigern, dann geht es der Political Correctness wie jedem überdehnten Imperium: Es fällt zusammen.